

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2018/13059]

19 APRIL 2018. — Wet houdende wijziging van de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen voortspruitende gevaren en betreffende het federaal agentschap voor Nucleaire Controle. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 19 april 2018 houdende wijziging van de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen voortspruitende gevaren en betreffende het federaal agentschap voor Nucleaire Controle (*Belgisch Staatsblad* van 17 mei 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2018/13059]

19 AVRIL 2018. — Loi portant modification de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 19 avril 2018 portant modification de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire (*Moniteur belge* du 17 mai 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2018/13059]

19. APRIL 2018 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 15. April 1994 über den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen und über die Föderalagentur für Nuklearkontrolle
Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 19. April 2018 zur Abänderung des Gesetzes vom 15. April 1994 über den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen und über die Föderalagentur für Nuklearkontrolle.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

19. APRIL 2018 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 15. April 1994 über den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen und über die Föderalagentur für Nuklearkontrolle

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Vorliegendes Gesetz dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom.

KAPITEL 2 — *Abänderungsbestimmungen*

Art. 3 - Artikel 19 des Gesetzes vom 15. April 1994 über den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen und über die Föderalagentur für Nuklearkontrolle, abgeändert durch die Gesetze vom 26. Januar 2014 und 19. März 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Unter den Bedingungen, im Rahmen der Einschränkungen und nach den Modalitäten, die in Artikel 3 festgelegt sind:

1. gewährleistet die Agentur die Kontrolle der medizinisch-radiologischen Ausrüstungen und der in der Veterinärmedizin benutzten radiologischen Ausrüstungen,

2. untersucht die Agentur die Zulassungsanträge und erteilt sie den Radiopharmazeuten, den Ärzten, die mit der Überwachung der Gesundheit der in der Berufsausübung ionisierenden Strahlungen ausgesetzten Arbeitnehmer beauftragt sind, den Medizinphysik-Experten und den Dosismessstellen die Zulassungen. Sie kontrolliert die Einhaltung der Sonderbedingungen, die sie in den Zulassungen auferlegen kann.

3. untersucht die Agentur die Genehmigungsanträge und erteilt sie die Genehmigungen für die Verwendung von Geräten und Strahlenquellen, die ionisierende Strahlungen emittieren, in der Human-, Zahn- und Veterinärmedizin. Sie kontrolliert die Einhaltung der Sonderbedingungen, die sie in den Genehmigungen auferlegen kann.

4. untersucht die Agentur die Genehmigungsanträge und erteilt sie die Genehmigungen für die Zurverfügungstellung von radioaktiven Produkten für die In-vivo- oder In-vitro-Verwendung in der Human- oder Veterinärmedizin und die Genehmigungen für die Verwendung von radioaktiven Produkten in einer klinischen Prüfung oder in einer klinischen Untersuchung. Sie kontrolliert die Einhaltung der Sonderbedingungen, die sie in den Genehmigungen auferlegen kann.

5. überprüft die Agentur, ob die Programme für die Aus- beziehungsweise Weiterbildung der befugten Personen die vom König festgelegten Kriterien erfüllen,

6. kann der König bestimmte Arten von Handlungen, die eine Strahlenexposition von Personen mit sich bringen können, verbieten, nach einer Stellungnahme des Hohen Gesundheitsrates beziehungsweise des Hohen Rates für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz, je nach Fall, über die Rechtfertigung der Handlungen,

7. kann der König für allgemeine Verwendungen bestimmte neue oder bestehende Arten von Handlungen, die eine Strahlenexposition von Personen mit sich bringen können, genehmigen, nach Stellungnahme des Hohen Gesundheitsrates beziehungsweise des Hohen Rates für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz, je nach Fall.“

2. Ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

“Die Agentur kann Regelungen festlegen in Bezug auf:

1. die Kriterien zur Bestimmung der Anzahl Stunden, für die Weiterbildungsinitiativen im Hinblick auf die Verlängerung der in Absatz 1 Nr. 2 erwähnten Zulassungen und der in Absatz 1 Nr. 3 erwähnten Genehmigungen berücksichtigt werden können,

2. die Modalitäten und die Häufigkeit der klinischen Kontrollen, die in den von ihr bestimmten medizinisch-radiologischen Anlagen durchgeführt werden müssen,

3. die Bestimmung beziehungsweise Billigung der Zulässigkeitskriterien für alle Arten von medizinisch-radiologischen Ausrüstungen und für alle Arten von medizinisch-radiologischen Ausrüstungen, die in der Veterinärmedizin verwendet werden,

4. die Modalitäten für die Registrierung der Daten im Zusammenhang mit den periodischen Studien über die Patientendosis und die Modalitäten für die Benutzung und Verarbeitung der Daten,

5. die Auferlegung von Dosisbeschränkungen für jegliche vom König bestimmte Strahlenquelle, Praktik oder Aufgabe sowie von Dosisgrenzwerten oder abgeleiteten Grenzwerten, im Rahmen der Rechtfertigung von Handlungen,

6. die Bestimmung des Musters und der Modalitäten der Studien zur Rechtfertigung neuer Handlungen jeder Art, im Rahmen der Rechtfertigung von Handlungen.“

Art. 4 - In dasselbe Gesetz wird ein Kapitel *IIIbis* mit folgender Überschrift eingefügt:

“KAPITEL *IIIbis* — Organisation des Dienstes für Medizinphysik“.

Art. 5 - In Kapitel *IIIbis*, eingefügt durch Artikel 4, wird ein Artikel *27bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. *27bis* - § 1 - Inhaber einer Genehmigung eines Betriebs, in dem sich medizinisch-radiologische Anlagen befinden, müssen einen Dienst für Medizinphysik schaffen, der beauftragt ist mit der Organisation der Medizinphysik innerhalb des Betriebs und der Identifizierung der Mittel, die erforderlich sind, um die vom König gestellten verordnungsrechtlichen Anforderungen und die Zielsetzungen des Betriebs auf dem Gebiet der Medizinphysik zu erreichen.

§ 2 - Betriebe der Klasse III sind von der in § 1 vorgesehenen Verpflichtung befreit, außer wenn sie über ein Gerät für Computertomografie oder über ein Gerät für interventionelle Radiologie verfügen.

Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass zusätzliche Arten von Betrieben von der in § 1 vorgesehenen Verpflichtung befreien.

§ 3 - Der König bestimmt die Bedingungen und die Regeln, gemäß denen mehreren Inhabern einer Genehmigung erlaubt werden kann, mit vorheriger Genehmigung der Agentur einen gemeinsamen Dienst für Medizinphysik zu schaffen.“

Art. 6 - In dasselbe Kapitel wird ein Artikel *27ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. *27ter* - § 1 - Die Organisation und die Mittel des Dienstes für Medizinphysik hängen ab von den spezifischen Tätigkeitsbereichen, den technischen Ausrüstungen, deren Komplexität, der Anzahl Behandlungen und Untersuchungen, deren Komplexität, den Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Sicherheit der Patienten, der Qualität und dem Risikomanagement und gegebenenfalls den innerhalb des Betriebs ausgeführten Bildungs- und Forschungstätigkeiten. Die Agentur überwacht dies.

§ 2 - Der König bestimmt:

- die Regeln in Bezug auf die Aufträge, die Arbeitsweise, die Organisation und die Zusammensetzung des Dienstes für Medizinphysik sowie die erforderlichen Qualifikationen und Ausbildungen der Personen, die diesem Dienst angehören,

- die Regeln in Bezug auf die Mittel, über die der Dienst für Medizinphysik für die Ausführung seines Auftrags verfügen muss,

- die Bedingungen, denen die Person, die die Funktion des Leiters des Dienstes für Medizinphysik ausübt, genügen muss, sowie:

1. die besonderen Schutzmaßnahmen, die auf diese Person anwendbar sind, damit im Rahmen der Ausübung ihrer Funktion ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Inhaber einer Genehmigung gewahrt bleibt,

2. die Modalitäten, gemäß denen der Funktion ein Ende gesetzt werden kann.

§ 3 - Der König bestimmt die Art der Aufträge der Medizinphysik, die den Einsatz eines aufgrund von Artikel 19 zugelassenen Medizinphysik-Experten erfordern.

§ 4 - In den Fällen und gemäß den Modalitäten, die vom König bestimmt werden, kann der Leiter des Dienstes für Medizinphysik zur Ausführung aller in § 3 erwähnten Aufträge oder eines Teils davon einen zugelassenen externen Medizinphysik-Experten hinzuziehen.

§ 5 - Die Agentur überwacht die Weise, in der der Dienst für Medizinphysik seinen Auftrag ausführt."

KAPITEL 3 — *Schlussbestimmung*

Art. 7 - Der König legt durch einen im Ministerrat beratenen Erlass das Datum des Inkrafttretens der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes fest.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 19. April 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Minister der Justiz

K. GEENS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C - 2018/40441]

27 JUNI 2018. — **Wet tot wijziging van de wet van 16 maart 1968 betreffende de politie over het wegverkeer wat betreft herstelexamens en -onderzoeken na een veroordeling tot een verval van het recht tot sturen (1)**

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

De Kamers hebben aangenomen en Wij bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Deze wet regelt een aangelegenheid als bedoeld in artikel 74 van de Grondwet.

Art. 2. Artikel 45 van de wet van 16 maart 1968 betreffende de politie over het wegverkeer, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 9 maart 2014, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Indien de rechter het herstel in het recht tot sturen afhankelijk maakt van het slagen voor een of meer van de in artikel 38, § 3, bedoelde examens, kan hij deze maatregel beperken tot de categorie van voertuigen waarmee de overtreding die aanleiding heeft gegeven tot verval, werd begaan."

Art. 3. In artikel 69 van het koninklijk besluit betreffende het rijbewijs van 23 maart 1998, vervangen bij het koninklijk besluit van 8 maart 2006, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 10 juli 2006, 28 april 2011, 3 april 2013 en 19 november 2017, in paragraaf 4, eerste streepje, worden de woorden "met inbegrip van de categorie van het voertuig waarmee de overtreding werd begaan" ingevoegd tussen de woorden "de reden" en de woorden "desgevallend of het".

Art. 4. In artikel 72 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het koninklijk besluit van 8 maart 2006, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 10 juli 2006, 28 april 2011, 3 april 2013 en 19 november 2017, in paragraaf 4, tweede lid, wordt de bepaling onder 4°, opgeheven bij het koninklijk besluit van 24 augustus 2007, hersteld in de volgende lezing:

"4° in afwijking van de bepalingen onder 1° tot 3°, wordt, indien het praktische examen werd afgelegd met een voertuig van dezelfde categorie als datgene waarmee de overtreding die heeft geleid tot het verval werd begaan, het rijbewijs waarvan de bestuurder houder is teruggegeven door de griffier."

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C - 2018/40441]

27 JUIN 2018. — **Loi modifiant la loi du 16 mars 1968 relative à la police de la circulation routière en ce qui concerne les examens de réintégration après une condamnation à une déchéance du droit de conduire (1)**

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Les Chambres ont adopté et Nous sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. La présente loi règle une matière visée à l'article 74 de la Constitution.

Art. 2. L'article 45 de la loi du 16 mars 1968 relative à la police de la circulation routière, modifié en dernier lieu par la loi du 9 mars 2014, est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Lorsque le juge subordonne la réintégration dans le droit de conduire à la condition d'avoir satisfait à un ou plusieurs des examens visés à l'article 38, § 3, il peut limiter cette mesure à la catégorie de véhicules avec laquelle l'infraction ayant donné lieu à la déchéance a été commise. ».

Art. 3. Dans l'article 69 de l'arrêté royal du 23 mars 1998 relatif au permis de conduire, remplacé par l'arrêté royal du 8 mars 2006, modifié par les arrêtés royaux des 10 juillet 2006, 28 avril 2011, 3 avril 2013 et 19 novembre 2017, au paragraphe 4, premier tiret, les mots « en ce compris la catégorie de véhicule avec lequel l'infraction a été commise » sont insérés entre les mots « la raison » et les mots « le cas échéant ».

Art. 4. Dans l'article 72 du même arrêté, remplacé par l'arrêté royal du 8 mars 2006, modifié par les arrêtés royaux des 10 juillet 2006, 28 avril 2011, 3 avril 2013 et 19 novembre 2017, au paragraphe 4, alinéa 2, le 4°, abrogé par l'arrêté royal du 24 août 2007, est rétabli dans la rédaction suivante :

« 4° par dérogation aux 1° à 3°, si l'examen pratique a été subi avec un véhicule de la même catégorie que celui avec lequel l'infraction ayant donné lieu à la déchéance a été commise, le permis de conduire dont le conducteur est titulaire est restitué par le greffier. ».